



Nummer 06/07 | April 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

Wie wird man Politiker? An meinem beruflichen Werdegang, der sicher nicht typisch ist, sieht man:

Das Engagement als Bundestagsabgeordnete hängt von vielen Faktoren ab und verlangt vollen Einsatz für die Menschen im Wahlkreis.

Das war meinen Besucherinnen, die ich zum diesjährigen Zukunftstag nach Berlin eingeladen hatte schnell klar. Die drei Schülerinnen,



Jule aus Großenkneten, Astrid aus Brake bzw. Hude und Alida aus Delmenhorst begleiteten mich zu vielen Terminen, besuchten das Plenum und diskutierten mit mir.

Für mich sind diese Besuche immer etwas Besonderes. Zeigen sie doch das junge Menschen, in diesem Jahr insbesondere die Frauen, wirklich Interesse an Politik haben.

In diesem Sinne, wünsche ich viel Spaß beim Lesen und einen schönen 1. Mai

Jhwe
Astrid Grotelueschen

Berufsbildung muss gestärkt werden

Berufliche Bildung ist aus meiner Sicht kein Thema für Sonntagsreden. Sie ist – und das kann jeder aus der täglichen Erfahrung bestätigen – die Grundlage für ein gelingendes Arbeitsleben, für Produkte und Dienstleistungen, die den hohen Maßstäben des Verbrauchers gerecht werden und damit letztlich Garant dafür, dass unsere Wirtschaft rund läuft.

Zur Lage am deutschen Ausbildungsmarkt lassen wir uns im Deutschen Bundestag jährlich zum 1. April von der Bundesregierung Bericht erstatten. Auf der Grundlage der jeweils aktuellen Zahlen und Trends, bei mir kombiniert mit zahlreichen Hinweisen aus Betrieben, Berufsschulen und Gesprächen, erlaubt uns das eine Einschätzung über notwendige Gesetze oder auch Änderungen, die der Förderung der beruflichen Bildung dienen sollen.

Dabei stimmen die allgemeinen Zahlen positiv: bundesweit haben



über 520.000 junge Menschen 2017 den Start in eine Ausbildung gewagt, erstmals seit 2011 wieder ein Plus.

Gerade der deutsche Mittelstand hat hieran einen großen Anteil: Jahr für Jahr bietet er mehr Ausbildungsplätze an. Das Problem, motivierte und ausbildungsfähige Azubis zu finden, verschärft sich jedoch weiter - bundesweit blieben knapp 49.000 Stellen unbesetzt.

Das sind über 11 Prozent der angebotenen Ausbildungsplätze.

Dieser Trend zeichnet sich auch im Landkreis Oldenburg, der Wesermarsch und Delmenhorst ab. Auch hier übersteigt die Zahl der freien Ausbildungsstellen die der Bewerber. In der Wesermarsch hat dies bereits dazu geführt, dass 2017 Betriebe resignieren und rund 12 Prozent weniger betriebliche Stellen angeboten wurden.

Mit einem „Berufsbildungspakt“ will ich gemeinsam mit meinen Kollegen gegen diese Entwicklung angehen. Dafür haben wir im Koalitionsvertrag u.a. vereinbart, die Berufsbildung an allen allgemeinbildenden Schulen zu stärken. Denn wer schon während der Schulzeit mit Handwerk, Landwirtschaft, Pflege oder Dienstleistungen in Berührung gekommen ist, kann auch informiert entscheiden, welchen Weg er für seine Zukunft einschlagen möchte.

Da berufliche Bildung aber nicht auf der Stelle tritt, sondern traditionelles Können und hochtechno-

logische Verfahren vereint, soll zugleich in die digitale Ausstattung von Berufsschulen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten investiert werden. Für die notwendigen finanzielle Förderung werde ich mich in den kommenden Haushaltsverhandlungen einsetzen.

Ein bedeutendes Problem, dem ich mich aus dem Hintergrund meiner Tätigkeit im Wirtschafts- und im Bildungsausschuss widmen möchte, ist es, Angebot und Nachfrage in der Berufsbildung besser zur Deckung zu bringen. Sucht beispielsweise ein Betrieb in Tossens einen Auszubildenden, muss es

unkompliziert möglich sein, einen Ausbildungswilligen Jugendlichen, zum Beispiel aus Großkneten vermitteln zu können. Dort brauchen wir z.B. eine Koordination und Hilfe, damit die Wege zwischen Heimort, Betrieb und Berufsschule nicht zur unüberwindbaren Hürde werden. Ich bin mir sicher und habe das bei vielen Besuchen in Betrieben auch selbst erlebt: Wer hier eine Ausbildung macht, bekommt eine gute Perspektive und lernt fürs Leben.

Das stärkt einen selbst und unsere Region.



Quelle: CDU Deutschland

Europareformen nicht ohne den Bundestag

Viel ist während des Bundestagswahlkampfes und danach über mögliche Reformen in Europa gesagt worden. Die Herausforderungen der internationalen Politik verlangen von uns, Europa neu- und weiterzudenken.

Ich stehe hinter dem mit der SPD geschlossenen Koalitionsvertrag. Jedoch bin ich skeptisch, was die teils unkritische Begeisterung für die Reformen betrifft, die uns der französische Präsident Macron vorschlägt. In Kürze umfassen diese einen gemeinsamen EU-Haushalt und einen EU-Finanzminister, der über diesen Haushalt verfügen soll. Daneben weitere Vorschläge, u.a. zur gemeinsamen Verteidigung, einem

gemeinsamen Asylsystem und vielem Weiterem mehr. Gut so!

Aus meiner Sicht steht bei allen nötigen Reformen jedoch im Vordergrund, dass wir die Rolle der nationalen Parlamente betonen. Da sie direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden, darf ihre Mitbestimmung nicht umgangen werden.

Und gerade dort, wo es um unser Geld geht, darf es nicht dazu kommen, dass wir ohne Gegenleistungen für Schulden und Ausgaben anderer Staaten aufkommen. Das habe ich schon bei meinen Abstimmungen zu den Griechenland-Hilfen deutlich gemacht.

Dazu stehe ich auch weiterhin!

Daten und Fakten

Für das Jahr 2018 wird für Deutschland ein weiterhin hohes Wirtschaftswachstum im Jahr prognostiziert. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) wächst in diesem Jahr voraussichtlich um etwa zwei Prozent. Dies ergab die jüngste Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft.

Treiber der starken Entwicklung ist der vor allem im Euroraum anhaltend starke Export. Der Umfrage zufolge rechnen über 50 Prozent der 2.800 befragten Firmen mit einem Produktionsplus, lediglich acht Prozent erwarten einen Rückgang. Auch die Investitionen ziehen an: Im Jahr 2018 will knapp die Hälfte der Unternehmen mehr investieren, 46 Prozent möchten mehr Personal einstellen. Neben der anhaltend hohen Nachfrage nach deutschen Produkten auf dem Weltmarkt ist auch der Konsum im Inland weiterhin ungebremst. So erwarten die Konjunkturforscher für das derzeitige Jahr ein Konsumplus von knapp zwei Prozent.

(Quelle: Destatis)

Gleiche Strompreise, auch für den Norden

Für die Energieverbraucher im Norden ist die Umlage der Netzausbaukosten auf die Verbraucher (Netzentgelte) ein wichtiges Thema.

Das Problem: Die Netzkosten werden auf die Stromkunden im Netzgebiet umgelegt. Die Benachteiligung Niedersachsens entsteht dadurch, dass die Einspeisung aus Windkraft ausgebaut wurde, inzwischen aber mehr erneuerbarer Strom eingespeist, als verbraucht wird. Der überschüssige Strom wird in den Süden transportiert, die Kosten auf die norddeutschen Verbraucher umgelegt.

In der AG-Sitzung für Wirtschaft und Energie diskutierte ich zuletzt am 17. April mit meinen Kollegen über die Umsetzung des Netzentgeltmodernisierungsgesetzes (NEMoG), welches ab 2019 in Kraft tritt. Es sieht vor, dass die Übertragungsnetzentgelte angeglichen und ab dem 1. Januar 2023 bundesweit einheitlich festgelegt werden.

So wird es zukünftig keine Nachteile mehr für uns als Verbraucher oder auch Betriebe im Wahlkreis geben. Ein wichtiger Schritt, um auch eine Akzeptanz im Zuge der Diskussionen um die Hochspannungsleitungen zu schaffen.

Neue Funktionen

In der Landesgruppe Niedersachsen darf ich seit meiner Wahl am 23. April die Interessen des Oldenburger Landes neuerdings als stellvertretende Vorsitzende vertreten und so unserer Region eine noch stärkere Stimme verleihen.

Im Ausschuss für Wirtschaft und Energie bin ich weiter für die Themen Mittelstandsförderung, Existenzgründung und Regionalpolitik zuständig, zusätzlich nun aber auch für das Handwerk, für Tourismus und die Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Bildung, also beispielsweise die berufliche Ausbildung.

Der Wolf kehrt zurück

Die Rückkehr des Wolfes löst bei Landwirten, Jägern und Bürgern in unserer Region verständlicherweise Besorgnis aus. Bei meiner Veranstaltung „Der Wolf kehrt zurück“ am 5. April konnte ich mit dem Präsidenten der Niedersächsischen Landesjägerschaft und Wolfsexperten Helmut Dammann-Tamke MdL sowie rund 140 weiteren Interessierten im Oldenburger Hof in Ganderkesee über das Thema diskutieren und dringende Fragen klären.



Herr Dammann-Tamke hat in seiner Präsentation verdeutlicht, welche Probleme und Herausforderungen mit dem Wolf einhergehen. So hat sich die Anzahl der Wolfsterritorien deutschlandweit von 28 im Jahr 2013 auf 76 im Jahr 2017 erhöht. In Niedersach-

sen hat sich die Anzahl der Wolfsrudel von 2015 (6 Rudel) bis 2017 mehr als verdoppelt (15 Rudel).

Seit 2008 gehen 54 Prozent aller Nutztierrisse in Niedersachsen nachweislich auf das Konto des Wolfes. Der Wolf hat in Deutschland keine Scheu vor Menschen, unterstrich Dammann-Tamke.

Dies bestätigt auch das Bundesamt für Naturschutz (BfN). Ähnlich wie es beim Wildschwein der Fall ist, würde der Wolf erst mit der Bejagung diese Scheu entwickeln. Diesen Vergleich äußerte er ebenfalls bei der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, welche am 18. April im Deutschen Bundestag stattgefunden hat.

Ich unterstütze die Auffassung meines Parteikollegen, dass wir als Politik aufgefördert sind, die Grundlage zu schaffen, um Weidetiere zu schützen und ihre Halter zu entlasten. Seinen Vorschlag einen Küstenschutzstreifen einzurichten unterstütze ich. Ich bleibe beim Bund weiter an dem Thema dran und werde mich dafür einsetzen, dass Landwirte die notwendige Unterstützung und den Schutz erhalten.

Gastkommentar

Ich heiße Iga Nowicz, bin 29 Jahre alt und komme aus Polen. Im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendiums absolviere ich in den kommenden Monaten ein Praktikum im Berliner Büro von Frau Grotelüschchen.

Das IPS ist ein Programm des Deutschen Bundestages, das sich an junge Menschen aus 42 Ländern richtet, die von März bis Juli fünf Monate in Berlin verbringen und politische Erfahrungen im Bundestag, bei den politischen Stiftungen und anderen Institutionen sammeln.

Als ich im Oktober 2017 die Nachricht bekommen habe, dass ich bei dem IPS-Programm 2018 angenommen wurde, bin ich wortwörtlich vor Freude in die Luft gesprungen. Jetzt bin ich gespannt, was mich in den kommenden Wochen hier erwartet.



RÜGENWALDER MÜHLE zum Frühstück bei der MIT

Um mit starker Stimme zu sprechen, muss man sich gut vernetzen und im Verbund gemeinsame Interessen vertreten. Gelegenheit dazu bot ich den Mitgliedern der Mittelstandsvereinigung Oldenburg-Land, aber auch interessierten Gästen jetzt wieder im Rahmen der Jahreshauptversammlung.

Als Vorsitzende der MIT war es mir in diesem Jahr gelungen, mit Godo Røben den Geschäftsführer der RÜGENWALDER MÜHLE zu begrüßen. Während lecker und locker gefrühstückt wurde, erhielten wir von unserem Gast einen spannenden Einblick in die Welt der deutschlandweit bekannten Marke. Besonders bemerkenswert ist die frühzeiti-



Mein Vorstand und Gastreferent Godo Røben sind genauso zufrieden wie ich

ge und intensive Orientierung des Unternehmens hin zu vegetarischen Produkten. Die gesellschaftliche Veränderung und die Notwendigkeit, in Bereichen wie Ernährung neue Perspektiven zu eröffnen, hat viele Teilnehmer nachhaltig beeindruckt. Klar, dass Fleischliebhaber Røbens Thesen auch kritisch diskutierten. Bei der

JHV kamen auch weitere Themen zur Sprache: So darf die vielfach beschworene Entbürokratisierung keine Worthülse bleiben, sondern muss für die Unternehmen Realität werden. Auch Fachkräftemangel und Breitbandausbau sind dringende „Baustellen“. Ich bin und bleibe für unsere Betriebe dran, sowohl als Abgeordnete als auch MIT-Vorsitzende.

Glückwunsch ans RUZ– Hollen

Den stolzen Gewinnern des Bundespreises „Zu gut für die Tonne“ des Landwirtschaftsministeriums wollte ich letzte Woche unbedingt als eine der ersten gratulieren, denn sie kommen aus dem Herzen meines Wahlkreises und ich hatte sie vor zwei Jahren auf das Projekt aufmerksam gemacht. In diesem Jahr hat das RUZ Hollen nun verdient den ersten Platz in der Kategorie ‚Gesellschaft und Bildung‘ gemacht!

Mit dem Projekt „Wirf mich nicht weg“ engagiert sich das Team rund um Geschäftsführerin Marina Becker-Kückens gegen Lebensmittelverschwendung. Mit Schulbesuchen, Kursen und leidenschaftlichem



Marina Becker-Kückens, Claudia Kay und ich bei der Preisverleihung in Berlin

Einsatz bringt das RUZ Schülern seit Jahren einen nachhaltigeren Umgang mit Lebensmitteln bei und leistet so einen zentralen Beitrag im wichtigen Bereich Ernährung. Ich hoffe, dass möglichst viele auch in Zukunft von der wertvollen Arbeit der Hollener profitieren und unterstütze dies, wo ich nur kann!

Unterwegs:

- 03.05.2018 - Europatag
Gespräch mit der 9. Klasse
IGS Wardenburg
- 04.05.2018 - Treffen mit dem
PPP-Stipendiaten Henrik
Wurpts in Ganderkesee
- 08.05.2018 - Baumspende
Schulgarten Deichschule
Schweiburg



Astrid Grotelüschon MdB

Bürgerbüro

Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607

Bürgerbüro

Lange Straße 62
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966